

Region

«Das ist der Moment, in dem zehn Jahre

Agglolac Aus und vorbei: Die Parlamente von Nidau und Biel haben gestern Abend Agglolac versenkt. Während das Resultat in Nidau ist damit erneut eine in die Ferne gerückte Vision. Entsprechend enttäuscht zeigten sich jene, die sich seit zehn Jahren für das Projekt

Carmen Stalder, Nidau

Wiederholt wurde an der gestrigen Stadtratsitzung in Nidau dazu aufgerufen, Mut zu zeigen – Mut, um Ja zu sagen zu einem visionären Projekt wie Agglolac eines sei. Stadtratspräsident Markus Baumann (SVP), an diesem Abend zum ersten Mal in seinem Amt, nahm sich diese Forderung zu Herzen. Allerdings nicht im Sinne derjenigen, die sie davor geäußert haben.

Rund zwei Stunden nach Sitzungsbeginn steht die erste Abstimmung an: Das Parlament entscheidet über die Gründung und das Organisationsreglement des Gemeindeverbands «Seefufer Nidau-Biel/Bienne» sowie den Beitritt des Stedtl in diesen Verband. Im Vorfeld wurde bereits mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Gegnern und Befürwortern von Agglolac gerechnet. Und so kommt es, wie es kommen muss: 15 Stadträtinnen und Stadträte stimmen dem ersten Traktandum zu, die anderen 15 lehnen es ab.

In einer solchen Pattsituation liegt es beim Stadtratspräsidenten, den Stichentscheid zu fällen. Und dieser fällt wenig überraschend ablehnend aus: Baumann ist als Vorstandsmitglied im Verein Stop Agglolac ein bekennender Projekt-Gegner. Das erste Geschäft ist damit gescheitert – und damit vorerst auch Agglolac an sich. Denn das Projekt wäre nur in dem Fall der Bevölkerung von Biel und Nidau zur Abstimmung vorgelegt worden, wenn es von beiden Parlamenten in allen Punkten genehmigt worden wäre.

Ein «Jahrhundertprojekt»

«Nach diesem Abend kann es nur noch leichter werden», meinte Baumann im Vorfeld der Sitzung. Der Parlamentarier erlebte tatsächlich einen steilen Einstieg ins neue Amt. So fiel im Verlauf der Debatte mehrmals der Begriff des «Jahrhundertprojekts». So etwa bei der Fraktionserklärung von Susanne Schneider Marti (FDP): «Die bürgerliche Fraktion wird alles in ihrer Macht stehende tun, um dieses Jahrhundertprojekt zur Volksabstimmung zu führen.» Ihre Fraktion empfinde es

als sehr stossend, dass andere Parteien das Vorhaben eigenmächtig versenken wollten.

Ob die Zeit als höchster Nidauer für Baumann nun wirklich leichter wird, ist offen. Mit seinem Stichentscheid wird er sich den Groll der Hälfte seiner Stadtratskolleginnen und -kollegen zugezogen haben. So warf denn auch Stadträtin und FDP-Präsidentin Amélie Evard noch vor der eigentlichen Debatte eine Frage in die Runde, die sich auf genau diese Entscheidungsmöglichkeit bezog: «Hat es noch mit Demokratie zu tun, wenn ein Vorstandsmitglied von Stop Agglolac bei einem Jahrhundertentscheid das letzte Wort hat?»

Das Beste, das zu haben ist

Geprägt ist die Debatte vor dem gewichtigen Nein einerseits von den Befürworterinnen und Befürwortern, die Agglolac der Runde möglichst schmackhaft machen wollen. «Ich sage nicht, dass im vorliegenden Projekt alles perfekt ist. Aber es ist das Beste, das hier und heute zu haben ist, insbesondere wenn man so viele Akteure unter einen Hut bringen muss», sagt Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP).

Andererseits kommen Gegner wie SP-Stadtrat Nils Kallen zu Wort, dieser meint: «Spätestens seit der Umfrage ist klar, dass Agglolac an der Bevölkerung vorbeigeplant ist, eine Volksabstimmung hätte entsprechend kaum Chancen.» Die Diskussionen verlaufen gesittet, ganz so, wie man es sich im Nidauer Stadtrat grundsätzlich gewohnt ist.

Nach der ersten Abstimmung folgt bald der nächste Entscheid über die Übertragung von Grundstücken an den Gemeindeverband. Auch dort fällt das Resultat extrem knapp aus: 14 Rätinnen und Räte sagen Ja, 15 sagen Nein, Esther Kast (Grüne) enthält sich – und fungiert folglich dieses Mal als Zünglein an der Waage.

Nun droht die Stimmung doch noch zu kippen. Die Verliererinnen und Verlierer können ihren Frust kaum mehr verbergen. SP-Fraktionspräsident Tobias Egger stimmt zwar besänftigende Worte an. Jetzt sei Zusammenarbeit gefragt. «Agglolac wird

«Hat es noch mit Demokratie zu tun, wenn ein Vorstandsmitglied von Stop Agglolac das letzte Wort hat?»

Amélie Evard, FDP-Stadträtin

heute Abend nicht sterben, weder in Nidau noch in Biel. Unsere Kritik ist konstruktiv zu verstehen.» FDP-Stadtrat Thomas Spycher kann dem wenig abgewinnen. Er habe kein Problem damit, wenn man Nein sage zum Projekt. Doch: «Ich bin nicht zuversichtlich für einen Dialogprozess, den man einberuft, weil man ein schlechtes Gewissen hat, etwas kaputtgemacht zu haben.»

Scurrile Fortsetzung

Kurz vor 22 Uhr wird die Debatte pausiert: Man will den Entscheid über den von der Bieler GLP gestellten Rückweisungsantrag abwarten. Nach der dortigen Ablehnung (siehe Text rechts) geht es auch in Nidau weiter. Baumann mahnt, dass es nun nicht darum gehe, über eine Überarbeitung des Projekts zu diskutieren, sondern über die vorliegenden Themen.

Und das klappt dann tatsächlich. Überraschend emotionslos werden die verbleibenden Themen – darunter das Teilbaureglement, gemeinnütziger Wohnungsbau oder das Mobilitätskonzept, abgehakt. Es mutet jedoch schon etwas skurril an, wenn es jetzt plötzlich heisst: «Wir hätten diesem Punkt eigentlich zugestimmt.» Man will die Sitzung zu Ende bringen. Doch Agglolac ist zu diesem Zeitpunkt nur noch eine in die Ferne gerückte Vision.



In Nidau musste Markus Baumann einen wichtigen Entscheid fällen. PETER SAMUEL JAGGI

Hanspeter Gerber folgt auf Fredy Faul

Erlach Der in Erlach verwurzelte Hanspeter Gerber übernimmt im Gemeinderat den Sitz des abgetretenen Fredy Faul.

Aufgrund der Demission von Gemeinderat Fredy Faul (SVP) per 31. Dezember 2020 muss das Gemeinderessort Land-, Reb- und Forstwirtschaft, öffentliche Sicherheit sowie Liegenschaften neu besetzt werden. Wie im Reglement festgehalten, hatte die SVP die Möglichkeit, innert 21 Tagen einen Ersatzkandidaten zu nominieren. Da dieser nicht gefunden werden konnte, hat der Gemeinderat für Kandidatenvorschläge den 1. März festgelegt. Bis zu diesem Termin ging für den besetzenden Sitz nur ein Wahlvorschlag ein, Hanspeter Gerber von der FDP Erlach. Ger-

ber gilt damit für die Restamtsperiode bis 31. Dezember als in stiller Wahl gewählt.

Hanspeter Gerber hat drei erwachsene Kinder, ist Wirtschaftsprüfer und wohnt im Gostel. Der 56-Jährige ist in Erlach aufgewachsen und zur Schule gegangen. Seit 2003 ist er Präsident des Skiclubs Erlach. Dieser steht für Geselligkeit, regelmässig finden Lager und Familienwochenenden in der clubeigenen Skihütte oberhalb Lignièrès statt.

Hanspeter Gerber strebt eine offene Kommunikation zwischen Einwohnerschaft und Behörde sowie verständliche, tragbare Lösungen an. Als Finanzfachmann sind ihm stabile Gemeindefinanzen wichtig. Er will sich für Qualitätstourismus, das Gewerbe und lokale Arbeitsplätze einsetzen. Lotti Studer

Spektakuläre Aktion für den Fischadler

Hagneck Auf dem in Hagneck geschaffenen Aaredelta installierten Spezialisten einen Nistkorb für den Fischadler – unter widrigsten Umständen.

Das Wetter am letzten Wochenende war stürmisch, der See unruhig und die Bäume auf der neu gestalteten Halbinsel beim BKW-Werk in Hagneck bogen sich im Westwind. Alles kein Hindernis für die Kletterer, die auf 10 Metern Höhe auf einer alten Eiche einen Nistkorb für Fischadler montierten.

Der Einsatz erhielt eine Ausnahmebewilligung vom Amt für Naturförderung und vom Jagdinspektorat des Kantons Bern, auch die Zusage der Grundeigentümerin, der BKW, lag vor. Der Zutritt zum Naturschutzgebiet ist Besucherinnen und Besuchern verwehrt, von den Plattformen

des BKW-Geländes ist der Nistkorb jedoch sichtbar. Es ist der 22. Nistkorb, der im Rahmen des Wiederansiedlungsprojektes im Drei-Seen-Land angebracht wurde (das BT berichtete).

Das Gebiet Aaredelta Hagneck wurde ausgewählt, weil dieses im Sommer 2020 durch ein junges Fischadlermännchen, das 2018 im Rahmen des Wiederansiedlungsprogrammes aufgezüchtet und freigelassen worden war, intensiv besucht wurde. Verständlich, denn auf diesem Delta findet der Fischadler sein bevorzugtes Habitat mit Gewässer für den Fischfang, Rundschau und Ruhe.

Hoffen auf Arthur

Der imposante Vogel bevorzugt Fische, meistens Weissfische, die nahe der Oberfläche schwimmen. Daher ist er für die Berufsfischer, im Gegensatz zum Kormoran, keine Konkurrenz. Es be-

steht nun grosse Hoffnung, dass dieser Fischadler namens Arthur aus seinem afrikanischen Winterquartier zurückkommt, sich im Aaredelta Hagneck ansiedelt und die ihm zur Verfügung gestellte Niststätte besetzt. Verantwortlich für die Durchführung des Projektes ist die Wissenschaftlerin Wendy Strahm. Der Vogelschutzverein CEPOB, dem Centre d'étude et de protection des oiseaux de Bienne et environs, hat sich an drei Niststätten im Drei-See-Land finanziell beteiligt. Dessen Präsident, Philippe Grosvernier, war wie Wendy Strahm bei der spektakulären Aktion auf dem Delta vor Ort. Erwartet wird Arthur Ende März oder Anfang April. Für Vogelfans ein besonderes Erlebnis – wenn denn Arthur überhaupt auftaucht. Lotti Studer

Link: www.balbuzzards.ch

Nachrichten

BIEL Taubenlochschlucht gesperrt

Der Wanderweg durch die Taubenlochschlucht ist von Montag, 22. März, bis Freitag, 26. März gesperrt. Die Bürgergemeinde Biel führt in dieser Zeit Holzfallerarbeiten durch. Je nach Wetterlage werden die anstehenden Arbeiten verschoben werden. mt

BIEL 744 000 Franken für geschützte Stellen

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat einen Beitrag von 744 000 Franken für die Projektierung des Neubaus der Stiftung Zentrum SIV Biel bewilligt. Die Stiftung bietet rund 80 Menschen mit einer geistigen, psychischen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung 66 geschützte Arbeitsplätze. mt

intensive Planung bachab gehen»

denkbar knapp ausfiel, war das geplante Seequartier in Biel letztlich chancenlos. Die Entwicklung des Expo-Geländes starkgemacht hatten.

Lino Schaeren, Biel

Nach dem Unterbruch am Mittwochabend kurz nach 23 Uhr hat der Bieler Stadtrat die Agglolac-Debatte gestern wieder aufgenommen. Wäre es nach dem deutschsprachigen Freisinn gegangen, hätte sie allerdings nur kurz gedauert. Es war ein Paukenschlag: Die FDP-Fraktion forderte die Verschiebung des Geschäfts auf die April-Sitzung, weil die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ihre Arbeit nicht ordentlich gemacht habe. Der Vorwurf: Die Empfehlung der GPK-Mehrheit an den Stadtrat, Agglolac abzulehnen, sei politisch motiviert und basiere nicht auf Fakten.

Vizepräsidentin Anna Tanner (SP) hatte am Mittwoch für die linke GPK-Mehrheit erklärt, dass das finanzielle Risiko für die Gemeinden nicht abschätzbar sei. Sie verwies vor allem auf den geplanten Gemeindeverband, der die öffentliche Infrastruktur erstellen soll. Das Budget für Betrieb und Unterhalt, so Tanner, sei nicht nachvollziehbar, es drohe ein strukturelles Defizit von ein bis zwei Millionen Franken pro Jahr. Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR) zeigte sich überumpelt: Sie wisse nicht, wie die GPK auf diese Zahlen komme. Steidle glaubte nicht, dass wirklich das finanzielle Risiko zur ablehnenden Haltung der GPK-Mehrheit geführt habe, sie vermutete «andere Gründe» dafür. Zumindest indirekt warf damit auch sie dem geschäftsprüfenden Organ vor, eine politisch motivierte Empfehlung abgegeben zu haben. Die FDP-Fraktion blieb mit ihrem Anliegen auf Verschiebung des Geschäfts allerdings chancenlos.

SVP spielt nicht mit

Stattdessen wurde über den Rückweisanspruch der GLP debattiert. Die Grünliberalen forderten vom Gemeinderat, Agglolac zu überarbeiten und mit Varianten wieder zu kommen, die mehr Freiraum und einen höheren Anteil an gemeinnützigen Wohnungen vorsehen. Da die Rückweisung aus den Reihen der Agglolac-Befürwortenden kam, war die Absicht dahinter klar: Weil sich eine Mehrheit gegen das Geschäft

abzeichnete, sollte eine komplette Ablehnung verhindert werden. Stadtpräsident Erich Fehr (SP) signalisierte, dass der Gemeinderat eine Rückweisung der Ablehnung vorziehen würde. Es gehe, so Fehr, vor allem auch um Treu und Glauben: Die Städte Biel und Nidau hätten in den letzten Jahren im Auftrag des Stadtrats mit Investorin Mobimo dieses Projekt entwickelt; und jetzt drohe dieses an eben jener börsenkotierten Investorin zu scheitern. Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR) wies zudem darauf hin, dass bei einem Ausstieg aus der «Vision Agglolac» für die Gemeinden Biel und Nidau insgesamt 7,1 Millionen Franken an Planungskosten flöten gehen würden.

Das Votum des Gemeinderats löste viel Bewegung in den Reihen der Agglolac-Befürwortenden aus. Die Freisinnigen versuchten, die SVP von der Rückweisung zu überzeugen. Auf diese waren FDP und GLP nämlich angewiesen gewesen. Man werde, sagte FDP-Fraktionspräsident Leonhard Cadet, der Überarbeitung von Agglolac «gegen das Herz» zustimmen, um das Schlimmste abzuwenden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, in der Agglolac-Frage tief gespalten, stellte sich aber gegen die Rückweisung: Mit den offen formulierten Forderungen nach mehr Freiraum und gemeinnützigen Wohnungen, so Fraktionsvorsteherin Sandra Schneider, könne man sich nicht anfreunden.

Damit waren die Hoffnungen der Befürwortenden eigentlich begraben; denn dass der Antrag auch bei SP und Grünen gegen verschlossene Türen prallen würde, war zu erwarten. Zwar forderten auch sie mehr Freiraum und eine bessere gesellschaftliche Durchmischung; sie verlangten aber etwa auch ein autofreies Quartier. Und: Sie stemmten sich vor allem gegen Mobimo. «Mit einer Ablehnung schaffen wir die Voraussetzungen, die Gestaltung des Geländes neu zu denken», sagte SP/Juso-Fraktionsvorsteher Levin Koller.

Triumph für die Gegner

Als dann um kurz nach 21 Uhr auch noch die ersten Resultate aus dem Nidauer Stadtrat in Biel

«Mit einem Ausstieg aus der Vision Agglolac würden 7,1 Millionen an Planungskosten flöten gehen.»

Silvia Steidle, Finanzdirektorin Stadt Biel

die Runde machten, wonach Agglolac in der Nachbargemeinde gescheitert ist, wurde der Frust in den Voten der Befürworter je länger je mehr spürbar; eine Volksabstimmung war damit schliesslich bereits vom Tisch. Auch Fehr zeigte sich zerknirscht: «Das ist ein schwieriger Moment für den Gemeinderat, ein Moment, in dem zehn Jahre intensiver Planung bachab gehen», sagte er. Er votierte aber weiter für eine Rückweisung, damit ein möglicher Weg vorgegeben werden könne.

Fehr forderte jene Parlamentsmitglieder, denen die GLP-Forderung zu wenig weit ging, deshalb auf, einen eigenen Rückweisanspruch zu formulieren. In Richtung seines eigenen politischen Lagers im Saal betonte der SP-Stadtrat, dass es eine Illusion sei, Mobimo mit einer Ablehnung von Agglolac einfacher loszuwerden als mit einer Überarbeitung des Bestehenden. Denn Mobimo ist bei einem negativen Entscheid vertraglich eine zweite Chance zugesichert.

Ein neuerlicher Paukenschlag blieb aber aus. Der Stadtrat lehnte den GLP-Antrag mit 35 Nein- zu 21 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Im Anschluss ging das Parlament ohne weitere Diskussion zur Schlussabstimmung über. Agglolac wurde schliesslich mit 35 Nein- zu 22 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Im Bieler Stadtrat hat die Linke zusammen mit der SVP Agglolac gebodigt.

YANN STAFFELBACH

Bürgerliche wollen Tempo 30 ausbremsen

Biel Grossrätinnen und Grossräte aus der Region Biel verlangen per Motion die Rückkehr zu Tempo 50 auf der Reuchenettestrasse.

Mitte Juli 2020 wurde die Höchstgeschwindigkeit auf der Reuchenettestrasse vom Bellevueplatz bis zur Einmündung Lienhardstrasse von 50 auf 30 Kilometer pro Stunde herabgesetzt. Die betroffene Strecke misst rund 900 Meter. Die Änderung geschah ohne Vorwarnung. Die Überraschung löste bei Teilen der Bevölkerung Unmut aus, der sich in einer Online-Petition Luft machte. Über 1000 Unterschriften sind dabei zusammengekommen.

Daneben reichte eine Gruppe von Grossrätinnen und Grossräten aus Biel und dem Berner Jura eine Motion bei der Kantonsregierung ein. Darin wird die Wie-

derherstellung von Tempo 50 gefordert.

Das Tempolimit wurde aus Sicherheitsgründen herabgesetzt. An jener Stelle wird die Fahrbahn wegen überhängenden Felsen, Mauern und dem Fehlen eines Trottoirs als gefährlich eingestuft. Die Fahrzeit in diesem Streckenabschnitt verlängert sich mit Tempo 30 gerade mal um knapp eine Minute, stellte der Regierungsrat fest.

«Schikanöse Einschränkung»

Die Motionäre bezeichnen die Temporeduktion als «schikanöse Einschränkung». Seit mehreren Jahrzehnten werde auf diesem Abschnitt mit 50 Kilometern pro Stunde gefahren, «und die Probleme und Verkehrsunfälle sind gering». Es mache keinen Sinn, die Geschwindigkeit auf dieser wichtigen Transitstrasse zwischen Biel und dem Berner Jura

noch mehr zu reduzieren, argumentieren die Parlamentarier. Sie befürchten, «dass der Tempo-30-Einführung ein Radar folgen wird, damit weitere mögliche Busseneinnahmen generiert werden können».

Die Neuenstädter SVP-Grossrätin Anne-Caroline Gräber unterstützt die Motion. Sie zeigt sich erstaunt, dass die Sicherheitsabwägungen erst heute ins Feld geführt werden: «2000, 2005, 2010 oder 2015 war die Situation nicht anders als jetzt.» Deshalb verortet die Politikerin am Beispiel der Reuchenettestrasse einen allgemeinen Trend: «Die Temporeduktion reiht sich in eine unendliche Liste von Massnahmen, die darauf abzielen, den Autofahrenden das Leben schwer zu machen.»

Andere Volksvertreter – auch solche, die den Vorstoss nicht unterstützen – beklagen die un-

zureichende Kommunikation bei der Einführung der Tempo-30-Zone. Der Bieler Mitunterzeichner Pierre-Yves Grivel (PLR) spricht sogar von einem «antidemokratischen» Vorgehen: «Man hört auf ein Expertengremium und vergisst dabei die Bürger.»

Parlament ist gespalten

In seiner Antwort auf die Motion verteidigt der Regierungsrat den Entscheid für Tempo 30. Die Massnahme stütze sich auf ein externes Verkehrsgutachten, das vom Kanton und von der Stadt Biel in Auftrag gegeben wurde. Dennoch will die Regierung auf den Entscheid zurückkommen und «eine allfällige Aufhebung der Tempo-30-Verfügung prüfen». Sie beauftragt die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU), eine Einschätzung der Situation auf der Grundlage des Gutachtens vorzunehmen. Zu-

dem empfiehlt der Regierungsrat die Umwandlung der Motion in ein weniger verpflichtendes Postulat.

Der Antrag stiess im Grossen Rat auf geteilte Meinungen. Für Tabea Bossard-Jenni von der EVP gehört dieses Geschäft nicht ins Parlament. Es handle sich um ein Kommunikationsproblem, das an einem Runden Tisch und nicht über eine Motion gelöst werden sollte. Bossard-Jennis Antrag wurde von der eigenen Partei nicht unterstützt. Die Sozialdemokraten stellten den Sicherheitsgedanken, der die Tempobeschränkung begründet, in den Vordergrund und votierten gegen die regierungsrätliche Empfehlung. Die Abstimmung fiel mit 75 zu 75 Stimmen unentschieden aus. Der Präsident fällt den Stichentscheid zugunsten der Umwandlung in ein Postulat. Marisol Hofmann/pl

Nachrichten

BRÜGG

Zwei Autos zusammengeprallt

Gestern Nachmittag sind auf der A6 bei Brügg auf der Höhe des ehemaligen Expokreisels zwei Autos zusammengeprallt. Der Sachschaden wird auf 10 000 Franken geschätzt. asb

NIDAU

80 000 Franken für Immobilienstrategie

Der Gemeinderat von Nidau hat der Erarbeitung einer Immobilienstrategie zugestimmt und einen Investitionskredit von 80 000 Franken bewilligt. Die Strategie soll Grundsätze für den Umgang mit städtischen Immobilien, Anlagen und Grundstücken festlegen. Die Immobilienstrategie ist Teil der Legislaturziele 2018 bis 2021 und soll bis Ende Jahr erarbeitet werden. mt